

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
---------------------------------	-------

Einleitung	1
----------------------	---

<i>Erster Teil: Konzeptionelle Grundlagen in rechtlicher, ökonomischer und rechtstatsächlicher Perspektive</i>	<i>5</i>
--	----------

I. Die Personenhandelsgesellschaft im Spannungsfeld zwischen der Gestaltungsfreiheit ihrer Gesellschafter und organisationsrechtlicher Außenwirkung	5
A. Die Herausbildung der GmbH & Co KG im Lichte der wirtschaftlichen Kooperationsbedürfnisse der Industrie	5
B. Der individuelle Interessenausgleich der Gesellschafter untereinander und seine Gestaltungsgrenzen als gesellschaftsprägende Elemente im Schrifttum	10
1. »Punkt-für-Punkt-Vergleich« bei Manfred Nitschke	11
2. Institutionalisierung nach Arndt Teichmann	12
3. Unverbindliche Typusmerkmale nach Harm Peter Westermann	13
4. Preisgabe der Selbstbestimmung bei Christoph Weber	15
5. Ausblick: Außenwirksame Marktteilnahme als Kehrseite des gesellschaftsinternen Interessenausgleichs	16
C. Die außenwirksame Verselbständigung der Gesamthand als Marktteilnehmerin in der Wirtschaftsordnung	18
1. Rechtliche Verselbständigung als Voraussetzung für die Marktteilnahme	18
2. Außenwirkung der Marktteilnahme auf der Grundlage der Steuerungswirkung unbeschränkter Haftung	20
3. Risikoverteilung als Bestimmungsfaktor für die Außenwirkung der Marktteilnahme	23
D. Das Zusammentreffen von Innen- und Außenverhältnis bei der Personengesellschaft im Konzern	26

1. Zwischenergebnis: Das Spannungsfeld zwischen gesellschaftsinternem Interessenausgleich und der Marktteilnahme der Gesellschaft bei Konzerneinbindung . . .	26
2. Begründungsdefizite hinsichtlich der beherrschungsvertraglichen Verselbständigungswirkung in der Literatur zur konzerngebundenen Personengesellschaft .	28
II. Ökonomische Grundlagen: Märkte und Hierarchien in der Unternehmung	31
A. Wirkungszusammenhänge: Das Unternehmen im Markt und der Markt im Unternehmen	32
1. Die Unternehmung als Frage der Marktallokation in der Neoklassik	32
2. Die Unternehmung zum Ausgleich von Marktschwächen in kontrakttheoretisch und institutionalistisch ausgerichteten Theorien der Unternehmung	34
a) Transaktionskostenökonomische Ausgangspunkte	34
b) Die Grenzen des Preismechanismus als Bestimmungsfaktor der Neuen Institutionenökonomik . .	36
3. Ressourcenbasierte Ansätze zur Unternehmung	39
B. Analyseinstrumente: Anknüpfungspunkte für Funktionsschwächen des Marktes als Grundlage einer Unternehmensintegration	40
1. Unternehmensintegration aufgrund von Informationsasymmetrien beim marktlichen Austausch	41
2. Anreizoptimierung durch property rights im integrierten Unternehmen	44
C. Operationalisierung: Marktbildung, Marktnachahmung und Marktermöglichung im unvollständigen Gesellschaftsvertrag . .	47
1. Marktbildung und Marktnachahmung im gesellschaftsinternen Interessenausgleich	48
a) Verfügungsrechte – Property rule, liability rule und inalienability rule	48
b) Gesellschaftsrecht – Lückenfüllung durch default rule . . .	50
c) Das Leistungsniveau der Organisation – Abwanderung, Widerspruch und Loyalität	54
2. Marktermöglichung durch außenwirksame Vermögenssonderung	57
D. Fazit: Das Ineinandergreifen von Hierarchien und marktlichen Anreizmechanismen in der Organisation als Ansatzpunkt für eine rechtliche Nutzbarmachung	61

III. Rechtstatsachen: Die konzerngebundene Personengesellschaft zwischen Hierarchie, internem Markt und Intermediärstellung . . .	62
A. Hierarchien zur Abschirmung gegen anteilsmarktlche Einflüsse	63
1. Die Medienbranche als Beispiel für konzentrierte Hierarchiebildung	64
2. Personengesellschaftsvertragliche Befugnisse als Ersatz für eine über einen Anteilsmarkt vermittelte Beherrschung	66
a) Anschauungsmaterial aus der Fusionskontrollpraxis	67
b) Die Ausschaltung anteilsmarktlcher Einflüsse	69
B. Marktbildung im Unternehmen durch Holdingstrukturen und profit center-Steuerung	71
1. Marktlche Dezentralisierung im Konzern durch Holdingstrukturen	71
a) Der Holdingkonzern	72
b) Die Mittelstandsholding	73
2. Operationalisierung des Marktes durch profit center-Steuerung	75
a) Die Verselbständigung operativer Gesellschaften zu profit centers	75
b) Marktbildung auf der Grundlage konzerninterner Verrechnungspreise	78
C. Das Unternehmen als Intermediär zur Kapitalmarktermöglichung	80
1. Funktionsschwächen des Kapitalmarktes bei der Innovationsfinanzierung	80
2. Kapitalmarktgetriebene Finanzierung durch venture capital in den USA	82
a) Die Herausbildung der limited partnership als Finanzierungsvehikel für venture capital	82
b) Informationsasymmetrien auf dem Kapitalmarkt als Bestimmungsfaktoren des Vertragsdesigns	84
c) Grenzen der Intermediärfunktion beim corporate venture capital	88
3. Beteiligungskapitalfinanzierung in Deutschland im Lichte institutioneller Schwächen des Kapitalmarktes	90
a) Kapitalmarktüberbrückung durch Kapitalbeteiligungsgesellschaften	90
b) Kapitalmarktersatz durch konzerngebundenes Beteiligungskapital	92
D. Fazit der rechtstatsächlichen Problemerschließung	93

Zweiter Teil: Gesellschaftsinterner Interessenausgleich

<i>durch Gesellschaftsvertrag</i>	95
I. Willensbildung zwischen Individualrecht und Treuepflicht	95
A. Der Schutz des Kernbereichs der Mitgliedschaft	96
1. Interessenabschichtung als dogmatische Grundlage	97
2. Prämisse einer Interessengleichrichtung	100
3. Wahrung individueller Gesellschafterrechte bei fehlender Interessengleichrichtung	102
4. Interessenausgleich durch individualrechtlich gestützte Marktbildung	103
a) Verhandlungen infolge des Kernbereichsschutzes von Vermögensrechten	105
b) Beaufsichtigung infolge des Kernbereichsschutzes von Kontrollrechten	105
c) Marktbildung durch Kernbereichsschutz in spieltheoretischer Perspektive	109
5. Interessenausgleich durch Marktnachahmung in der Publikumspersonengesellschaft	112
6. Grenzen einer Verselbständigung von Marktbildung und Marktnachahmung	114
a) Antizipierte Zustimmung und Gestaltungskompetenz der Mehrheit als Legitimationsgrundlagen des Kernbereichseingriffs	115
b) Normentheoretische Prämissen	116
c) Anwendung auf die Personengesellschaft	117
B. Widerspruchsrechte und Drittmarktmaßstäbe aufgrund des Bestimmtheitsgrundsatzes	119
1. Ausgangspunkte	119
2. Widerspruchsrechte in der idealtypischen Personengesellschaft	120
a) Dogmatische Grundlagen	120
b) Der vertragsrechtliche Regelungsgehalt im Spiegel der Rechtsprechung	122
c) Abgrenzung zur Kernbereichslehre	125
3. Drittmarktmaßstäbe in der kapitalistisch strukturierten Personengesellschaft	129
a) Publikumspersonengesellschaften	129
b) Familienpersonengesellschaften	133
C. Fazit	134

D. Die Zustimmungspflicht kraft Treubindung	135
1. Strategisches Verhalten als Problem	135
2. Geschäftsführungsmaßnahmen	136
a) Widerspruch gem. § 115 Abs. 1 Halbs. 2 HGB	136
b) Zustimmung	138
3. Gesellschaftsvertragsänderungen	140
4. Der gesellschaftsinterne Verhandlungsprozess als Grenze der Zustimmungspflicht kraft Treubindung	141
5. Die Zustimmung des Anlegerkommanditisten in der Publikumspersonengesellschaft	144
E. Ergebnis	144
II. Finanzierung zwischen Ausschüttung und Thesaurierung	146
A. Entnahmerechte	147
1. Gesetzliche Regelung	147
2. Wertungskriterien für das Verhältnis zwischen Ausschüttung und Thesaurierung	148
3. Ansatzpunkte für einen weiter gehenden Interessenausgleich	150
a) Treuepflicht	150
b) Gesellschaftsvertrag	152
c) Marktbildung	153
d) Die Finanzierungsentscheidung der Gesellschafter	155
e) Marktnachahmung in der Publikumspersonengesellschaft	158
f) Zwischenergebnis	159
4. Das Steuerentnahmerecht der Gesellschafter als Grenze der Richtigkeitsgewähr der Finanzierungsentscheidung	160
a) Rechtsgrundlagen	160
b) Umfang	164
B. Bilanzierungsentscheidungen mit Gewinnverwendungscharakter	165
1. Die Kompetenzfrage	165
2. Der Kreis der zustimmungspflichtigen Bilanzierungsentscheidungen	167
a) Das Abgrenzungskriterium	167
b) Die Bildung offener Rücklagen	169
c) Ermessensabschreibungen gem. § 253 Abs. 4 HGB	170
d) Aufwandsrückstellungen gem. § 249 Abs. 2 HGB	171
e) Steuerliche Sonderabschreibungen	171

3. Beurteilungsmaßstäbe für die Ausübung der Bilanzierungskompetenzen	172
C. Fazit: Grenzen der Mehrheitsmacht bei der Finanzierung	175
III. Unternehmensleitung zwischen Schuldrecht und Organisation	177
A. Ausgangsfragen	177
B. Wertungskriterien zur Begrenzung des Dritteinflusses	180
1. Preisgabe der Selbstbestimmung	181
2. Materieller Regelungsgehalt des Abspaltungsverbots gem. § 717 S.1 BGB	182
a) Anreizgestützte Verhaltenssteuerung	183
b) Schutzrichtung	184
C. Anwendungsfelder	186
1. Die Abspaltung einzelner Verwaltungsrechte von der Mitgliedschaft	186
a) Die Mitgliedschaft als Gegenstand einer Verfügungsbeschränkung im Sinne des § 137 S.1 BGB	186
b) Die gesamthänderische Verfügungsbeschränkung als Bestimmungsfaktor rechtsgeschäftlicher Verfügungsbeschränkung gem. § 137 S.1 BGB	187
2. Statutarisch vermittelte Drittorganschaft	189
3. Schuldrechtliche Abspaltung durch Stimmrechtsvollmacht	192
a) Verdrängende Vollmacht	192
b) Unwiderrufliche Vollmacht	194
c) Einfache Stimmrechtsvollmacht	197
d) Die Rechtsfolgen unwirksamer Bevollmächtigung – die Außenwirkung des Abspaltungsverbots und die dadurch verwirklichten Kapitalmarktinteressen	200
4. Die schuldrechtliche Übertragung von Vertretungs- und Geschäftsführungsbefugnissen	202
a) Vertretungsbefugnisse	203
b) Geschäftsführungsbefugnisse	206
c) Grenzen der Gestaltungsfreiheit	208
D. Grenzen des Dritteinflusses als Baustein organisationsrechtlicher Regelungsstruktur	215
1. Zwischenergebnis: Die Außenwirkung als Kriterium für die Begrenzung des Dritteinflusses in der Personengesellschaft	215
2. Kapitalmarktschutz durch die Konkretisierung zulässiger organisationsrechtlicher Verselbständigung gem. §§ 137 S.1, 717 S.1 BGB	216

<i>Dritter Teil: Organisationsrechtliche Konzerneinbindung durch Gesellschaftsvertrag</i>	219
I. Das Grundproblem: Rechtliche Vielheit und wirtschaftliche Einheit im Konzern	219
II. Die Abhängigkeit entsprechend § 17 AktG als Grundlage mitgliedschaftsrechtlich vermittelter Konzerneinbindung	223
A. Zur Konkretisierung des Unternehmensbegriffs	224
1. Die Konzerngefahr als Ausgangspunkt	224
2. Präzisierung durch das gesellschaftsrechtliche Wettbewerbsverbot gem. § 112 HGB	227
3. Konzerngefahr bei multiplem Beteiligungsbesitz eines privaten Gesellschafters?	231
4. Präzisierung der Konzerngefahr bei multiplem Beteiligungsbesitz eines privaten Gesellschafters	233
5. Konzerngefahr in der kapitalistisch strukturierten GmbH & Co KG	239
B. Der Anteilsmarktbezug der Abhängigkeit entsprechend § 17 AktG	240
1. Der Anteilsmarkt als Bestimmungsfaktor der Mehrheitsbeteiligung gem. §§ 16, 17 Abs. 2 AktG	240
a) Anteilsmehrheit	241
b) Stimmenmehrheit	243
2. Die Äquivalenz von Anteilsmarkt und personengesellschaftsvertraglicher Vereinbarung	244
3. Abhängigkeitsbegründung bei der kapitalistisch strukturierten Personengesellschaft durch Anteilsmarktnachahmung	245
4. Abhängigkeitsbegründung bei der idealtypischen Personengesellschaft und der personalistischen GmbH & Co KG durch Anteilsmarktbildung	248
a) Widerspruchsrechte	249
b) Geschäftsführungsbefugnisse	250
c) Erfordernis gesellschaftsrechtlicher Vermittlung der Abhängigkeit	251
d) Grenzen organisationsrechtlicher Vermittlung der Geschäftsführung des Kommanditisten	253
e) Austauschvertragliche Regelungselemente am Beispiel der aktienrechtlichen Nebenleistungsgesellschaft (§§ 55, 61 AktG)	255

f) Die Integration von Austauschbeziehungen im Personengesellschaftsvertrag	259
g) Nebeneinander von Austauschvertrag und Organisation bei der Geschäftsführung des Kommanditisten	261
5. Fazit: Idealtypische und kapitalistische Gesellschaftsstruktur als Bestimmungsfaktoren für die Abhängigkeitsbegründung	264
III. Die Einbindung einer idealtypischen Personengesellschaft in einen beherrschungsvertraglichen Unterordnungskonzern entsprechend § 291 Abs. 1 AktG	268
A. Die Zuordnung von Mitgliedschaftsrechten als Kennzeichen des beherrschungsvertraglichen Unterordnungskonzerns	268
1. Das Modell des aktiengesetzlichen Unterordnungskonzerns gem. § 291 Abs. 1 AktG	268
2. Willensbildung	269
3. Finanzierung	272
4. Geschäftsführung	275
a) Aktiengesetzlicher Unterordnungskonzern	276
b) Der unternehmensleitende persönlich haftende Gesellschafter	279
c) Der unternehmensleitende Kommanditist	282
5. Fazit: Doppelfunktionale Grenzen organisationsrechtlicher Konzerneinbindung gem. § 137 S. 1 BGB	284
B. Die Rechtsnatur des Beherrschungsvertrages	287
1. Der satzungsändernde Gehalt des aktienrechtlichen Beherrschungsvertrages	288
2. Die organisationsrechtliche Gestaltungswirkung des aktienrechtlichen Beherrschungsvertrages	289
3. Statusveränderung durch Organisationsvertrag	291
4. Organisationsrecht als funktionale Kategorie des Zivilrechts	294
5. Organisations- und Schuldrecht im Beherrschungsvertrag mit der Personengesellschaft	297
C. Organisationsrechtliche Beherrschung aufgrund eines »dienenden« Gesellschaftszwecks	300
IV. Anteilsmarktnachahmung bei der beherrschungsvertraglichen Konzerneinbindung einer kapitalistisch strukturierten Personengesellschaft	303
A. Vonselbständigung der Mitgliedschaftsrechte durch Anteilsmarktnachahmung	304

1. Die Beitrittsentscheidung als kapitalmarktorientierte Anlageentscheidung	305
2. Die objektive Auslegung des Gesellschaftsvertrages	309
3. Inhaltskontrolle auf der Grundlage kapitalmarktlicher Risikoverteilung	310
B. Unternehmensleitung zwischen Organschaft und Vertrag	314
1. Rechtliche Trennung zwischen Komplementär-GmbH und GmbH & Co KG	314
2. Die Geschäftsführerhaftung zwischen Vertrag und organschaftlicher Sonderbeziehung	316
3. Grenzen des organisationsrechtlichen Regelungsgehalts bei der personalistisch strukturierten GmbH & Co KG	319
V. Interessenausgleich im Gleichordnungskonzern mit personalistisch strukturierter Personengesellschaft	320
A. Die Unternehmenszuordnung im Gleichordnungskonzern	321
B. Interessenausgleich zwischen Mitgliedschaft und Schuldrecht	322
1. Interessengleichklang durch mitgliedschaftliche Treuepflicht	322
2. Interessenausgleich in der GmbH zwischen Mitgliedschaft und Marktmaßstäben	324
3. Interessengleichklang und -ausgleich durch Treuepflichten in der Personengesellschaft	327
4. Kooperation versus Marktaustausch beim Ausgleich fremdunternehmerischer Interessen der Personengesellschafter	330
VI. Die Konzerneinbindung der Personengesellschaft zwischen Markt und Organisation	336

Vierter Teil: Haftung als Grenze der organisationsrechtlichen Wirkung des Gesellschaftsvertrages 339

I. Gesellschafterhaftung	340
A. Haftungsbeschränkung in der OHG	340
1. Der Grundsatz unbeschränkter Vermögenshaftung – Grundlagen und Ausgangspunkte im Recht der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	340
a) Traditionelle Gesamthandslehre	340
b) Verselbständigung der Gesellschaft	341
c) Wertungsgrundlagen für die OHG	344

2. Individualvertragliche Haftungsvereinbarung mit dem Gläubiger	345
3. Haftungsbeschränkung kraft Vermögenssonderung	349
B. Einlagen- und Kapitalsicherung in der Kommanditgesellschaft .	351
1. Einlage und Haftung des Kommanditisten als Grundlagen der Fremd- und Eigenkapitalqualifizierung	351
2. Die Umqualifizierung von Fremdkapital in Eigenkapital bei der Einlagenaufbringung in der KG	353
a) Die gesplittete Einlage in der Publikums-KG	353
b) Die Umqualifizierung in der personalistischen GmbH & Co KG	358
c) Die Umqualifizierung zu Lasten von atypisch stillen Gesellschaftern	361
d) Übertragbarkeit auf die gesetzestypische Kommanditgesellschaft im Lichte der Grenzen privatautonomer Eigen- und Fremdkapitalbestimmung und ihrer dogmatischen Grundlage	364
3. Grenzen der Privatautonomie bei der Kapitalaufbringung . .	371
a) Gesellschaftsinterne Bewertungsfreiheit der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft	371
b) Marktbildende Anreize aufgrund der Maßstabsfunktion des Kapitalanteils	372
c) Die verdeckte Sacheinlage in der Kommanditgesellschaft .	374
4. Das stehen gelassene Abfindungsguthaben als Problem der Einlagenerhaltung	381
a) Prämissen der Literatur im Spiegel von Vertrags- und Verrechnungstheorie	383
b) Symmetrie zwischen Einlagenleistung und -rückgewähr aufgrund paralleler Risikoverteilung	384
c) Das Zurücktreten im Konkurs als Risikoverteilung durch Außenhaftung	386
5. Grenzen der Privatautonomie bei einer Einwirkung auf die Außenhaftung durch Risikoverteilung	388
6. Kapitalerhaltung durch Außenwirkung der Einlagenrückgewähr gem. § 172 Abs. 4 HGB	389
a) Grundlagen der Außenwirkung von Kapitalrückflüssen an den Kommanditisten	389
b) Die Außenwirkung dienstvertraglicher und organisationsrechtlicher gesellschaftsvertraglicher Tätigkeitsvergütung	390
c) Konsequenzen für die Haftung wegen Einlagenrückgewähr gem. § 172 Abs. 4 S. 1 HGB	392

7. Fazit: Die Kommanditistenhaftung als Grenze außenwirksamer privatautonomer Gestaltung in der Kommanditgesellschaft	400
C. Die Finanzierungsverantwortung in der GmbH & Co KG	402
1. Die organisationsrechtliche Verankerung der Stammkapitalerhaltung in der GmbH	402
a) Der Zusammenhang zwischen Stammkapital und juristischer Verselbständigung	402
b) Der Auszahlungsempfänger gem. § 30 GmbHG und seine organisationsrechtliche Einbindung	404
c) Die Rechtsfolgen der Stammkapitalerhaltung durch Rückerstattung gem. § 31 GmbHG	410
d) Zwischenergebnis: Kapitalerhaltung in der GmbH als Vehikel der Vermögensverselbständigung	416
2. Die Ausstrahlungswirkung der Stammkapitalerhaltung gem. §§ 30, 31 GmbHG auf die GmbH & Co KG	417
a) Beteiligungskonstellationen	417
b) Konsequenzen	421
II. Konzernhaftung	423
A. Der Verlustausgleich in der idealtypischen Kommanditgesellschaft als Ergebnis austauschvertraglicher Risikoverteilung	423
1. Die organisationsrechtliche Einwirkung als Grundlage eines gesellschaftsrechtlich fundierten Verlustausgleichs	424
a) Legitimationsgrundlagen des Verlustausgleichs	424
b) Die körperschaftsteuerrechtliche Organschaft als Ausgangspunkt des Verlustausgleichs im AktG 1965	425
c) Die Treupflicht als Grundlage des Verlustausgleichs	427
2. Risikoverteilung und Risikovergemeinschaftung im Rahmen eines beherrschungsvertraglichen Verlustausgleichs	429
a) Interessengleichlauf als Grundlage einer Risikovergemeinschaftung im Rahmen des aktiengesetzlichen Verlustausgleichs gem. § 302 AktG . . .	429
b) Austauschvertraglicher Interessenausgleich als Ausgangspunkt für einen Ersatz von Zufallsschäden im Rahmen des auftragsrechtlichen Aufwendungsersatzes gem. § 670 BGB	430
c) Risikozurechnung aufgrund eines organisationsähnlichen Interessengleichlaufs im Rahmen eines auftragsrechtlichen Schadensersatzes	432

3. Risikovergemeinschaftung und Risikozurechnung beim Verlustausgleich zwischen organisationsähnlicher Struktur und vertraglicher Einigung	434
B. Der Verlustausgleich in der kapitalistisch strukturierten GmbH & Co KG als Grenze ihrer materiellen Verselbständigung	440
1. Ausgangsfrage: Die Verselbständigung der beherrschten GmbH & Co KG von der zugrunde liegenden Beherrschungsvereinbarung	440
2. Die Grenzen organisationsrechtlicher Verselbständigung im qualifizierten faktischen GmbH-Konzern als Ausgangspunkt	442
a) Bezugspunkte der Ausübung mitgliedschaftlicher Leitungsbefugnisse	443
b) Entscheidungsgrundlagen zum qualifizierten faktischen GmbH-Konzern in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	446
c) Dogmatische Einordnungen der Rechtsprechung in der Literatur	448
3. Die Existenzsicherung der GmbH im Gläubigerinteresse als Kriterium und Grenze ihrer organisationsrechtlichen Einbindung (»Bremer Vulkan«)	453
a) Grundlagen in der Rechtsprechung	453
b) Der rechtliche Status des Bestandsinteresses der GmbH . .	455
c) Haftungsbegründung und dogmatische Konzepte von der juristischen Person	456
d) Haftung und Zweckbindung	459
e) Instrumentalisierung durch die Entkopplung von Vermögensrecht und Zweckbindung	463
4. Die Ausstrahlungswirkung GmbH-konzernrechtlicher Lenkungsprinzipien auf die GmbH & Co KG und daraus resultierende Beschränkungen ihrer organisationsrechtlichen Einbindung	467
a) Die Anwendung der Haftungsgrundsätze zum qualifizierten faktischen GmbH-Konzern	467
b) Haftung der Schwestergesellschaft im Unterordnungskonzern im Lichte der §§ 30f. GmbHG . .	469
c) Die Haftung der Schwestergesellschaft im Gleichordnungskonzern	475
C. Verlustausgleich zwischen Risikoverteilung und Risikovergemeinschaftung	480

<i>Fünfter Teil: Die Abfindung als Ergebnis des Gesellschaftsvertrages</i>	483
I. Ausgangsfragen	483
II. Die Verfügungsrechtsposition des ausscheidenden Gesellschafters im Lichte der Hinauskündigung	486
A. Funktionsschutz auf der Grundlage der Unwirksamkeit von Hinauskündigungsklauseln	486
1. Idealtypische Personengesellschaft	487
2. Publikumspersonengesellschaft	489
B. Grenzen des Funktionsschutzes	491
1. Hinauskündigung von »Gesellschaftern minderen Rechts«	491
2. Die sachliche Rechtfertigung einer Hinauskündigung	492
a) Tatbestandsmäßig fixiertes Ausschließungskriterium	493
b) Anknüpfung an die konkrete Gesellschafterstellung	494
3. Schutz durch Abfindung	495
III. Anteilsmarktersatz aufgrund informationsforcierender Anreize	497
A. Der gesetzliche Abfindungsanspruch im Spiegel betriebswirtschaftswissenschaftlicher Unternehmensbewertung	498
1. Eignerbezogenheit und funktionaler Bezug als betriebswirtschaftliche Ausgangsbedingungen der Unternehmensbewertung	498
2. Verkehrswert als Bestimmungsfaktor rechtlicher Abfindungsermittlung	500
a) Marktfiktion als Ausgangspunkt	500
b) Methodik der Unternehmensbewertung	502
3. Objektivierung als Umsetzung des rechtlichen Verkehrswertes in der Unternehmensbewertungspraxis	504
a) Vergangenheitsanalyse	504
b) Stichtagsprinzip	505
c) Kapitalisierungszinssatz	508
4. Informationsforcierende Anreize durch Objektivierung	510
a) Der objektivierter Wert als Preisuntergrenze des Verkäufers	510
b) Verhandlungspotenziale und Informationsforcierung auf der Grundlage der Objektivierung	511
B. Die gesellschaftsvertraglich vereinbarte Buchwertabfindung	515

1. Grundlagen	515
2. Von der Korrektur zur Auslegung in der Rechtsprechung zur Buchwertklauselkontrolle	516
a) Klauselkorrektur gem. § 138 BGB	517
b) Klauselkorrektur mit Auslegungselementen gem. § 723 Abs. 3 BGB	517
c) Auslegung gem. § 242 BGB statt Klauselkorrektur	519
3. Wertungskriterien im Spiegel von Institutionenschutz und Dynamisierung	520
a) Inhaltskontrolle gem. § 138 BGB aufgrund eines statischen Unwerturteils	521
b) Schutz marktbildender Verhandlungsstrukturen aufgrund des § 723 Abs. 3 BGB	522
c) Korrektur der Risikoverteilung gem. § 242 BGB	524
4. Informationsforcierung trotz Buchwertklausel?	525
a) Richtigkeitsgewähr aufgrund gleichgewichtiger Informationslage in der OHG	526
b) Sicherung marktbildender Anreizstrukturen in der idealtypischen Kommanditgesellschaft	528
c) Kapitalmarktmaßstäbe in der Publikumskommanditgesellschaft	531
C. Fazit: Die Abfindungsfrage zwischen gesellschaftsinterner Marktbildung und Anteilsmarktverwirklichung der Gesellschafter	533
Zusammenfassung der Ergebnisse	535
I. Grundlagen	535
II. Gesellschaftsinterner Interessenausgleich aufgrund des Gesellschaftsvertrages	536
III. Organisationsrechtliche Konzerneinbindung aufgrund des Gesellschaftsvertrages	537
IV. Gesellschafterhaftung als Grenze der organisationsrechtlichen Außenwirkung des Gesellschaftsvertrages	539
V. Die Abfindung als Ergebnis des Gesellschaftsvertrages	541
Literaturverzeichnis	543
Sachregister	611